

1A - FÄLLIGKEITEN BETREFFEND WIEDERKEHRENDE STEUERTERMINE

Die nachstehend aufgelisteten Fälligkeiten gelten grundsätzlich für alle Steuerpflichtigen: Kapitalgesellschaften, Körperschaften, Personengesellschaften, Einzelunternehmer und Freiberufler. Sollten einige Fälligkeiten nur für bestimmte Kategorien gelten, so wird dies eigens angeführt. Die spezifischen Fälligkeiten zu den Kapitalgesellschaften, Körperschaften, Personengesellschaften und Einzelunternehmer sind in der Anlage 1B angeführt, die zu den Freiberufler und Privatpersonen in der Anlage 1C.

F ä l l i g k e i t e n M w S t .

NEU ab 2020 Ordentliche und reduzierte MwSt-Sätze

MwSt-Sätze Für das Kalenderjahr 2020 wurden folgende Hebesätze bestätigt:

- Ordentliche MwSt über 22%
- Reduzierte MwSt über 10%

Art. 1, Absatz 3 des Haushaltsgesetzes 2020 sieht für die ordentliche MwSt folgende Erhöhungen vor:

- Auf 25% ab 01.01.2021
- Auf 26,5% ab 01.01.2022

Für den reduzierten MwSt-Satz sind hingegen folgende Erhöhungen vorgesehen:

- Auf 12% ab 01.01.2021
- Bestätigung der 12% auch ab 01.01.2022

Reduzierter MwSt-Satz von 4% auf Elektro- und Hybridfahrzeuge zugunsten von Invaliden

Der Anwendungsbereich des ermäßigten MwSt-Satzes von 4% wurde auf folgende Bereiche ausgedehnt:

- Auf den Verkauf von Elektro- und Hybridfahrzeuge (PKW's und Motorräder) zugunsten von Personen mit permanent reduzierter oder beeinträchtigter Mobilität, von Sehbehinderten, von Taubstummen, gemäß Art. 3, Gesetz n. 104 vom 05.02.1992, sowie zugunsten von den Familienangehörigen, denen diese zu Lasten gelten.
- Auf die Werkstatteleistungen zugunsten der obengenannten Personen für die Anpassung der Fahrzeuge, sowie für den Ankauf der entsprechenden Ausstattung und Einrichtung.

Die begünstigten Fahrzeuge müssen folgende Eigenschaften vorweisen:

- Hubraum bis zu 2.000 cc für Benzin- oder Hybridfahrzeuge;
- Hubraum bis zu 2.800 cc für Diesel- oder Hybridfahrzeuge;
- Motorleistung bis zu 150 kW für Elektrofahrzeuge.

Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens auf Werkverträge und Subverträge

Die umgekehrte Steuerschuldnerschaft (sog. Reverse Charge) ist ab 01.01.2020 auch auf folgende Dienstleistungsformen anzuwenden:

- Werkverträge, Subverträge, Vergabeverträge an Konsortien und Genossenschaften, sowie ähnliche Verträge und Vereinbarungen bei denen überwiegend Arbeitskraft zum Einsatz kommt;
- Arbeiten, in denen Arbeitsleistungen auf den Betriebsstätten („sedi di attività“) des Auftraggebers vergeben werden, und zwar unter vorwiegender Verwendung von Wirtschaftsgütern im Eigentum des Auftraggebers.

Bei folgenden Auftraggebern findet das Reverse-Charge-Verfahren nicht Anwendung:

- Öffentliche Körperschaften, sonstige Körperschaften und Gesellschaften welche dem „split payment“ unterliegen;
- Zeitarbeitsagenturen.

Die Neuerung wird erst wirksam, sobald die EU-Kommission die notwendige Zustimmung erteilt hat.

Verbuchung

Trotz der allgemeinen Verpflichtung zur Ausstellung von E-Rechnungen ab 2019 haben sich die Verfahren zur Führung der Mehrwertsteuerbuchhaltung nur geringfügig geändert.

- **Ausgestellte Rechnungen:** Grundsätzlich müssen elektronische Rechnungen innerhalb von zwölf Tagen nach Durchführung der Umsatztätigung ausgestellt werden, wobei letzteres Datum im „.xml“-File anzugeben ist, falls es vom Ausstellungsdatum abweicht. Diese Rechnungen sind nach deren Nummerierungsreihenfolge und unter Bezugnahme auf den Monat, in dem die Transaktion durchgeführt wird, innerhalb von 15 Tagen nach Ende des jeweiligen Monats in das jeweilige Register einzutragen.

- Die **Eingangsrechnungen** sind innerhalb der Abrechnungsperiode, in welcher der Vorsteuerabzug getätigt wird, einzutragen. Der Vorsteuerabzug kann bis zur Abgabe der MwSt-Jahreserklärung des Jahres, in welchem das Anrecht auf den Vorsteuerabzug entstanden ist, geltend gemacht werden.

- **Vorsteuerabzug:** Für die bis zum 15. des Folgemonats (z. B. 15. Februar) erhaltenen und aufgezeichneten Rechnungen mit Datum des Abrechnungsmonats (z. B. Jänner) kann die Vorsteuer noch in der MwSt-Liquidierung des Abrechnungsmonats (also Jänner) abgezogen werden. Diese Regel gilt allerdings nur für die periodischen MwSt-Abrechnungen im Laufe des Jahres. Zum Jahresende hingegen gilt, dass die Vorsteuer für Rechnungen mit Umsatztätigung in einem bestimmten Jahr nur mit Bezug auf dieses Jahr abgezogen werden kann, wenn die Rechnung noch in diesem Jahr eingegangen ist.

VORSICHT: Bei Nichterhalt der Eingangsrechnung ist, nach Ablauf einer Frist von vier Monaten ab Umsatztätigung, innerhalb von weiteren 30 Tagen eine Eigenrechnung im Sinne von Art. 6, Abs. 8, D.Lgs. 471/97 auszustellen, der Agentur der Einnahmen vorzulegen und die entsprechende MwSt. einzuzahlen. Sollte der Käufer (oder Auftraggeber) den Auflagen nicht nachkommen, droht eine Verwaltungsstrafe in Höhe des gesamten Steuerbetrags (oder der höheren Steuerschuld), mindestens jedoch von 250 Euro; dies gilt auch im Falle von nicht steuerpflichtigen oder steuerfreien Umsätzen.

- Erhaltene **Rechnungen** und **Zollbolletten** mit **nicht abzugsfähiger MwSt.** können, müssen aber nicht, im MwSt.-Register verzeichnet werden.

- Für die Lieferungen von Benzin und Diesel zwecks Motorantriebs an Unternehmen muss seit 31. Dezember 2018 auf jeden Fall eine elektronische Rechnung ausgestellt werden (die Treibstoffkarte wurde abgeschafft). Treibstoffabgaben an Private sind hingegen als Tagesinkasso elektronisch der Finanzverwaltung zu melden.

Seit 1. Juli 2018 sind die Aufwendungen für den Erwerb von Treibstoff für Zwecke der Einkommensteuern und die entsprechende Mehrwertsteuer in den Eingangsrechnungen nur mehr soweit absetzbar, sofern die entsprechende Zahlung über rückverfolgbare Zahlungsmittel erfolgt, und zwar mittels Kredit- oder Debitkarten (Bancomat) oder Prepaid-Karten. Für die Tankstellenbetreiber wird zum Ausgleich ein Steuerbonus in Höhe von 50% der ihnen anfallenden Bankkommissionen vorgesehen.

- Für **Tageseinnahmen**, die durch Kassenzettel oder durch Steuerquittung belegt sind, kann die Eintragung im entsprechenden MwSt.-Register auch monatlich und als Gesamtbetrag erfolgen. Die Aufzeichnung muss innerhalb 15. des Folgemonats vorgenommen werden. Für die MwSt.-Abrechnung gilt jedoch, dass die in einem Monat/Quartal getätigten, und nicht nur die verbuchten Einnahmen zu berücksichtigen sind. Wir empfehlen deshalb, die Aufzeichnung innerhalb Monatsende zu tätigen. **VORSICHT:** Für Buchhaltungszwecke (Kassabuch) müssen die Tageseinnahmen täglich gebucht werden.

- Soweit die **Buchhaltung über EDV** geführt wird, gilt für die Verbuchung in den MwSt.-Registern eine verlängerte Frist von 60 Tagen, wobei aber auf jeden Fall die Bezugszeiträume betreffend Eintragungspflicht und Abrechnung eingehalten werden müssen. Der materielle Ausdruck der MwSt.-Register muss nicht mehr erfolgen, sofern diese, im Falle von Kontrollen, den Steuerbehörden jederzeit ausgedruckt und ausgehändigt werden können.

- Eingangsrechnungen für **innergemeinschaftliche Erwerbe** sind stets mit Bezug auf den Monat des Rechnungserhalts zu verzeichnen. Wie bei den ausgestellten Rechnungen steht auch hier eine Frist von 15 Tagen ab Monatsende zur materiellen Durchführung der Eintragung zu.

VORSICHT: Bei Nichterhalt der Eingangsrechnung ist, nach Ablauf einer Frist von zwei Mo-

naten ab Umsatztätigung, bis zum 15. des Folgemonats eine Eigenrechnung auszustellen, welche die Umsatzsteueridentifikationsnummer UID bzw. VAT. des Verkäufers oder Dienstleisters beinhaltet. Die Eigenrechnung muss innerhalb der oben genannten Frist im Register der Ausgangs- als auch der Eingangsrechnungen, mit Bezug auf den Vormonat, eingetragen werden.

Befreiung von der Führung der MwSt.-Register: Jene Unternehmen oder Freiberufler, welche die ordentliche Buchhaltung und somit das Journal und das Inventarbuch führen, können auf die Führung der MwSt.-Register verzichten. Dies unter folgenden Voraussetzungen:

- a) die Eintragungen im Journal müssen innerhalb der Termine erfolgen, wie sie von der MwSt.-Gesetzgebung vorgeschrieben sind;
- b) auf Antrag der Finanzverwaltung müssen in geordneter Form auf einer gesonderten Aufzeichnung jene Daten vorgelegt werden, die in die MwSt.-Register eingetragen werden müssen.

In der Praxis empfiehlt es sich somit die MwSt.-Aufzeichnungen wie bisher weiterzuführen.

Nummerierung: Damit diese als ordnungsgemäß geführt gelten, müssen sämtliche Register, die von der MwSt.-Gesetzgebung vorgesehen sind, fortlaufend nummeriert werden. Die Nummerierung der Seiten muss allerdings nicht vor Gebrauch, sondern kann auch fortlaufend bei Verwendung erfolgen. Es empfiehlt sich eine Nummerierung auf Jahresbasis mit Angabe des Jahres als Präfix (z.B.: 2020/001, 2020/002, ..., usw.).

Abrechnung und periodische Einzahlung

a) Monatliche MwSt.-Abrechnung

- Der Termin zur Durchführung der monatlichen MwSt.-Abrechnung und der Einzahlung der eventuellen MwSt.-Schuld ist der **16. des Folgemonats**.

Innerhalb dieses Termins ist die geschuldete MwSt. als Differenz zwischen MwSt. laut ausgestellten Rechnungen und abziehbarer MwSt. laut Eingangsrechnungen einzuzahlen, Mindestbetrag 25,82 Euro. Ergibt sich ein Guthaben wird dies im Folgemonat verrechnet.

Die Entrichtung der Stempelsteuer aus den im Quartal ausgestellten Rechnungen ist zum 20. Tag des Folgemonats fällig, soweit geschuldet.

b) Trimestrale MwSt.-Abrechnung

- Wer im Jahr 2019 für MwSt.-Zwecke einen Umsatz von nicht mehr als 400.000,00 Euro bei Dienstleistungsunternehmen und Freiberuflern, bzw. 700.000,00 Euro bei anderen Unternehmen (z. B.: Produktions- und Handelsunternehmen) erzielt hat, kann für die **Quartalsabrechnung** optieren. Die Termine für die Quartalsabrechnungen und die entsprechenden Einzahlungen sind: **18. Mai, 21. August** und **16. November**. Für das vierte Quartal ist die MwSt. mit der MwSt.-Jahreserklärung abgerechnet und innerhalb **16. März** des Folgejahres eingezahlt (vorbehaltlich Einzahlung mit den Zahlungen gemäß Steuererklärung 2020).

- Die Option für die Quartalsabrechnung und der eventuelle Widerruf sind in der MwSt.-Jahreserklärung jener Steuerperiode vorzunehmen, in welcher die Quartalsabrechnung durch schlüssiges Verhalten bereits angewandt wurde.

- Bei Inanspruchnahme der trimestralen Abrechnung ist jeweils ein Zinsaufschlag von 1 Prozent der Steuerschuld zu entrichten. Der Aufschlag ist in der periodischen MwSt.-Abrechnung getrennt auszuweisen. Die Einzahlung hat jedoch gemeinsam mit der MwSt.-Schuld zu erfolgen.

- Transportunternehmer von Waren auf Rechnung Dritter, Betreiber von Telekommunikationsdiensten, Unternehmen für die Versorgung von Wasser, Gas, Strom, Müllabfuhr, Transport- und Entsorgung von Hausmüll, Abwasser- und Wasseraufbereitung, Banken und Versicherungen, Kunst- und Gesundheitsberufe (z.B. Zahnärzte und Zahntechniker) haben unabhängig von den oben genannten Umsatzgrenzen Anrecht auf die Quartalsabrechnung, und zwar ohne die Berechnung von Zinsen. Zudem bestehen hier Sondertermine für die Eintragungen und die Abrechnungen.

VORSICHT: Die MwSt. des IV. Quartals ist hier nicht innerhalb 16. März, sondern bereits innerhalb 16. Februar abzurechnen und einzuzahlen.

Eigene Bestimmungen gelten auch für die Verleger.

Die Entrichtung der Stempelsteuer aus den im Quartal ausgestellten Rechnungen ist zum 20. Tag des Folgemonats fällig, soweit geschuldet.

c) Allgemeines zu den monatlichen und trimestralen MwSt.-Abrechnungen

- Fällt der Zahlungstermin auf einen Samstag, Sonntag oder sonstigen Feiertag, so verschiebt sich der Termin auf den nächsten Arbeitstag. Abgesehen von der MwSt.-Jahreserklärung (Mindestbetrag von 10,00 Euro) kann eine Zahlung nur durchgeführt werden, wenn die Schuld mindestens 25,82 Euro übersteigt.
- Die periodische Abrechnung sowie die Zahlung brauchen nicht mehr in den MwSt.-Registern vermerkt werden. Auf Antrag der Finanzverwaltung müssen jedoch die Daten vorgelegt werden, aufgrund derer die Abrechnung vorgenommen wurde. Somit empfehlen wir, die Abrechnung weiterhin in einem Register zu vermerken.
- Bei der MwSt.-Abrechnung sind alle im Bezugszeitraum getätigten Umsätze bzw. ausgestellten Rechnungen und erzielten Tageseinnahmen zu berücksichtigen, und zwar unabhängig von einer etwaigen späteren Eintragung im Buch der ausgestellten Rechnungen (z. B. innerhalb von 15 Tagen ab Ausstellungsdatum) oder im Buch der Tageseinnahmen (z. B. innerhalb des nächsten Arbeitstages) und unabhängig von einer späteren Ausstellung der Rechnung bei Lieferung mit Begleitdokument.
- Für die am Ende des Kalenderjahres ausgestellten Rechnungen gilt folgendes: Eine Einkaufsrechnung mit Datum 2019, welche allerdings erst in 2020 über das SdI zugestellt wurde, wird in 2020 im MwSt.-Einkaufsregister aufgenommen und die entsprechende MwSt wird mit Monat Januar 2020 abgesetzt. Es ist nicht zugelassen, die MwSt bereits mit Monat Dezember 2019 abzusetzen, wenn die Rechnung erst in 2020 zugesandt wurde auch wenn diese kompetenzmäßig das Vorjahr betrifft. Komplizierter wird es in folgendem Fall: Rechnung in 2019 zugesandt und in 2019 erhalten, allerdings erst in 2020, aus verwaltungstechnischen/internen Gründen (z.B. weil diese zuerst vom Einkaufsleiter begutachtet werden muss) registriert. In diesem Sonderfall kann die MwSt nicht im Monat der Registrierung abgesetzt werden, sondern ausschließlich in der MwSt.-Jahreserklärung für das Jahr 2019 (innerhalb April 2020). Wer somit monatlich die MwSt abrechnet, wird eine zusätzliche (dreizehnte) Abrechnung, getrennt von der Dezember-Abrechnung, durchführen müssen (bitte überprüfen, ob dieser Sonderfall von der Software verwaltet werden kann). Solche Rechnungen werden somit eine Abweichung zwischen MwSt-Saldo von Dezember und MwSt-Saldo laut Jahreserklärung verursachen. Für nähere Details verweisen wir auf unser Rundschreiben Nr. 41/2019.

MwSt.- Vorauszahlung

Innerhalb **28. Dezember 2020** haben alle Inhaber einer MwSt.-Position die MwSt.-Vorauszahlung für den Monat Dezember 2020 bzw. für das 4. Quartal 2020 zu tätigen.

MwSt.- Jahreserklärung

Alle MwSt.-Subjekte sind grundsätzlich zur Abgabe der MwSt.-Jahreserklärung verpflichtet. Auch MwSt.-Subjekte (Kapitalgesellschaften, deren Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmt) müssen die MwSt.-Jahreserklärung zwischen dem 1. Februar und dem 30. April 2020 telematisch versenden.

Die Zahlung der MwSt.-Schuld laut Jahreserklärung bzw. für das 4. Trimester 2019 ist innerhalb 16. März 2020 fällig. Wer zur Abgabe der Einheitserklärung verpflichtet ist, kann die Zahlung bis zur Fälligkeit der Steuerzahlungen gemäß Steuerklärung 2020 unter Anrechnung von Zinsen in Höhe von derzeit 0,4% je angebrochenem Monat durchführen.

Befreiungen: Von der MwSt.-Jahreserklärung befreit sind:

- MwSt.-Pflichtige die im Jahr 2018, ausschließlich MwSt.-freie Umsätze getätigt haben, sowie diejenigen, welche nur steuerfreie Geschäftsfälle durchgeführt haben, da sie die Befreiung von der obligatorischen Rechnungslegung bzw. Registrierung im Sinne des Art. 36-bis in Anspruch genommen haben (die Befreiung ist nicht anwendbar, wenn der Steuerzahler auch steuerpflichtige Geschäftsvorfälle durchgeführt oder innergemeinschaftliche Umsätze registriert hat).
- befreite Landwirte;
- MwSt.-Subjekte die das Abrechnungssystem der Kleinstgewerbe („*contribuenti minimi*“) anwenden;
- MwSt.-Subjekte die die neue Pauschalbesteuerung anwenden;
- die Unternehmen, die im Bereich der Vergnügungssteuer das besondere SIAE-Verfahren anwenden;
- die Einzelunternehmer, welche ihren einzigen Betrieb verpachtet haben und keine anderen steuerbaren Umsätze tätigen;

- die passiven Steuersubjekte, wenn sie im Falle des Art. 44, Absatz 3, zweiter Abschnitt des Gesetzesdekrets Nr. 331 von 1993 im Steuerjahr nur Geschäfte getätigt haben, die nicht steuerpflichtig oder befreit sind, keiner Steuerzahlung unterliegen oder jedenfalls keine Pflicht dazu besteht;
- Sportvereine und sonstige nicht gewinnorientierte Vereine, die das Pauschalverfahren (Ges. Nr. 398/1991) anwenden;
- Subjekte mit Sitz in EU-Staaten ohne Betriebsstätte in Italien, soweit sie ausschließlich nicht steuerbare, steuerfreie oder nicht der Mehrwertsteuer unterworfenen Geschäfte bzw. Geschäfte ohne Pflicht zur Zahlung einer Mehrwertsteuer getätigt haben.
- Subjekte, die außerhalb der Europäischen Union wohnhaft oder ansässig sind, die nicht im Bereich der europäischen Gemeinschaft angemeldet sind, und die sich für die Mehrwertsteuer auf dem Gebiet des italienischen Staates nach den von Art. 74 quinquies vorgesehenen Modalitäten für die Erfüllung der Pflichten in Bezug auf Telekommunikationsdienste, Fernseh- und Radio-Übertragungsdienste und elektronische Dienste, die gegenüber in Italien oder einem anderen EU-Mitgliedsstaat wohnhaften oder ansässigen Auftraggebern, die keiner passiven Steuer unterworfen sind, geleistet wurden, angemeldet haben

MwSt.-Guthaben

Kompensierungen von MwSt.-Guthaben aus MwSt.-Jahreserklärungen oder aus vierteljährlichen MwSt.-Rückvergütungen über 5.000,00 Euro sind ab dem 10. Tag nach der Abgabe der Steuerklärung möglich. Für Verrechnungen von Guthaben über 5.000 Euro, sowie bei Rückerstattungsanträgen über 30.000 Euro ohne Vorlage von Sicherstellungen, bedarf es eines entsprechenden Bestätigungsvermerks (*visto di conformità*) oder der Unterschrift des Rechnungsprüfers. Die Obergrenze zur Kompensierung beträgt 700.000,00 Euro.

VORSICHT: Die Kompensierung von MwSt.-Guthaben darf **ausschließlich über Entratel oder über Fisconline** erfolgen (remote-Banking ist nicht gestattet).

Rückerstattung MwSt.-Jahresguthaben

Der Antrag um Rückerstattung des MwSt.-Jahresguthabens darf ab dem 1. Februar 2020 und bis zur Fälligkeit der Abgabe der MwSt.-Jahreserklärung (30/04/2020) eingereicht werden. Die Schwelle für Erstattungen, für welche keine Sicherstellungen notwendig sind, beträgt 30.000,00 Euro. Für Erstattungen über 30.000 Euro ist es nicht erforderlich, eigene Garantien (Bankbürgschaften, Versicherungspolizzen, Staatspapiere) zu hinterlegen, wenn die MwSt.-Jahreserklärung oder der trimestrale Erstattungsantrag den Bestätigungsvermerk (sog. „visto di conformità“) eines Steuerberaters oder die Unterschrift des Abschlussprüfers trägt und der Erklärung zudem eine eidesstattliche Erklärung über das Vorhandensein besonderer Voraussetzungen beigelegt wird.

„Risikobehaftete“ Unternehmen (Unternehmen bei Tätigkeitsbeginn oder –auflösung, welchen in den beiden Vorjahren wesentliche Steuerfestsetzungs- oder Steuerberichtigungsbescheide zugestellt worden sind, Erklärungen ohne Bestätigungsvermerk) und Unternehmen, welche sich nicht für das oben genannte Prozedere entscheiden, müssen weiterhin Garantien leisten.

Exporteure / Mitteilungs erhaltener Absichtserklärungen

Seit 2016 ist die Meldepflichten der Absichtserklärungen vom Lieferanten auf dem nachhaltigen Exporteur übergegangen. Folglich wurde auch ein neues Verfahren, das erstmals die Absichtserklärungen für ab 2016 durchgeführte Umsätze betrifft, festgelegt:

- 1.) Der nachhaltige Exporteur (Kunde), muss zunächst eine entsprechende Absichtserklärung an die Agentur der Einnahmen verschicken.
- 2.) Die Agentur der Einnahmen erstellt darauf eine entsprechende Empfangsbestätigung mit den wesentlichen Daten der Meldung.
- 3.) Der Kunde übermittelt sodann seinem Lieferanten eine Kopie der Meldung nebst Empfangsbestätigung der Agentur der Einnahmen.
- 4.) Der Lieferant darf eine Lieferung oder Leistung erst dann unter Aussetzung der MwSt im Sinne von Art. 8 Abs. 1 Buchst. c) MwStG in Rechnung stellen,
 - soweit er vom Kunden eine Kopie der Absichtserklärung sowie eine Kopie der Versandbestätigung an die Agentur der Einnahmen erhalten hat und
 - soweit er sich selbst vergewissert hat, dass die entsprechende Bestätigung gültig ist und dass die Meldung tatsächlich eingereicht worden ist.

Zudem sind die Lieferanten wie bisher verpflichtet, die Kenndaten der Absichtserklärung in der ausgestellten Rechnung anzuführen.

In der MwSt.-Jahreserklärung muss der Lieferant eine Zusammenfassung seiner Lieferungen unter MwSt-Aussetzung anführen.

Wir möchten daran erinnern, dass seit 1. März 2018 es nicht mehr möglich ist die Steueraussetzung für alle Lieferungen und Leistungen in einem bestimmten Zeitraum (z. B. vom 1. März 2020 bis zum 31.12.2020) zu verlangen. Somit kann die Absichtserklärung nur mehr

- entweder für einen einzelnen Erwerb
- oder für mehrere Erwerbe mit einem festgesetzten Betrag ausgestellt werden. Für nähere Details verweisen wir auf unsere Rundschreiben **Nr. 3/2016** und **12/2017**.

Intrastat

Steuerpflichtige, welche innergemeinschaftliche Geschäfte (sowohl Einkauf von Gütern/Dienstleistungen, als auch Verkauf von Gütern/Dienstleistungen) durchführen, müssen vorab und folglich in regelmäßigen Abständen überprüfen, ob die entsprechenden Lieferanten bzw. Kunden im **VIES** „*VAT Information Exchange System*“ eingetragen sind.

Bei **innergemeinschaftlichen Umsätzen** sind in regelmäßigen Zeitabständen für innergemeinschaftliche Verkäufe **und Einkäufe und auch für Dienstleistungen** (hierbei jedoch grundsätzlich nur jene im Sinne von Art. 7-ter MwStG.), eigene Kunden- und Lieferantenlisten, die sog. **INTRASTAT-Meldungen**, telematisch zu versenden. Wir möchten daran erinnern, dass der Verkäufer, vor Durchführung von solchen Umsätzen, die Eintragung im VIES-Verzeichnis prüfen muss.

Die Intrastat-Meldungen müssen in den nachstehenden Fällen für die nachstehend angeführten Bezugszeiträume elektronisch versendet werden. Die Fälligkeit für die elektronische Versendung ist immer der 25. Tag nach Abschluss des entsprechenden Bezugszeitraumes (Monat oder Quartal).

Betrag der Geschäftsvorfälle (*)		steuerlich	statistisch	Periodizität	
Verkauf	Güter	< 50.000	Intra 1 bis	NEIN	quartal
		Zw. 50.000 u. 100.000	Intra 1 bis	NEIN	monatl.
		> 100.000	Intra 1 bis	Intra 1 bis	monatl.
	Dienstleistung	< 50.000	Intra 1 quater	NEIN	quartal
		> 50.000	Intra 1 quater	Intra 1 quater	monatl.
Einkauf	Güter	< 200.000	NEIN	NEIN	-
		> 200.000	NEIN	Intra 2 bis	monatl.
	Dienstleistung	< 100.000	NEIN	NEIN	-
		> 100.000	NEIN	Intra 2 quater	monatl.
(*) = getätigt in mind. 1 der 4 letzten Quartale (Werte in €)					

„esterometro“

Diese Meldung besteht darin, dass die in Italien ansässigen Mehrwertsubjekte verpflichtet sind, monatlich elektronisch dem Finanzamt die Daten der mit Ausländern durchgeführten Geschäftsvorfälle zu übermitteln, sowohl im Verkauf als auch im Einkauf, welche **nicht** durch elektronische Rechnungen oder Zollrechnungen dokumentiert sind.

Mit Art. 16, Absatz 1-bis, GD 124/2019 wurde geregelt, dass der „esterometro“ für 2020 trimestral und nicht mehr monatlich zu versenden ist. Die Fälligkeiten für das laufende Kalenderjahr sind somit der 30.04.2020, 31.07.2020, 02.11.2020 und der 01.02.2021.

Alle MwSt-Subjekte sind verpflichtet, die Daten über grenzüberschreitende Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit der Lieferung von Gegenständen und Dienstleistungen an und von Subjekten, welche nicht in Italien niedergelassen sind, elektronisch zu übermitteln.

Für den Fall, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften ohnehin eine elektronische Rechnung oder eine Zollrechnung ausgestellt wurde, besteht keine Verpflichtung zur Übermittlung der Daten über diese Geschäfte an die Finanzbehörde, da diese Daten bereits im Besitz der Finanzbehörde sind. Insbesondere werden die Daten der elektronischen Rechnungen von der Finanzverwaltung über SdI und die der Zollrechnungen über die Zollerklärung erfasst.

Es ist jedoch zu beachten, wie von der Finanzbehörde mit dem Rundschreiben Nr. 13/E/2018 klargestellt, dass die Ausstellung elektronischer Rechnungen an direkt in Italien ansässige Ausländer erlaubt ist, solange es möglich ist, ihnen auf Anfrage eine Papierkopie der Rechnung zu schicken.

Trimestrale Rückvergütung der MwSt.

Für die trimestrale Rückvergütung der MwSt. muss im jeweiligen Quartal eine der folgenden Bedingungen gegeben sein (gemäß Art. 30, Absatz 3 des MwStG.):

- a) **Durchschnittliche MwSt.:** der um 10% erhöhte durchschnittliche MwSt.-Satz auf Verkäufe liegt unter dem durchschnittlichen MwSt.-Satz auf Einkäufe;
- b) **Nicht MwSt.-pflichtige Geschäftsvorfälle:** es werden nicht-MwSt.-pflichtige Geschäftsvorfälle (i. d. R. Exporte und innergemeinschaftliche Lieferungen und Dienstleistungen) im Ausmaß von mehr als 25 Prozent des Umsatzes durchgeführt;
- c) **Abschreibbare Anlagegüter:** es werden Einkäufe von abschreibbaren Anlagegütern getätigt, welche mehr als zwei Drittel der Gesamteinkäufe der betreffenden Periode ausmachen;
- d) **Nicht ansässige Subjekte** und ohne italienische Betriebsstätte, welche direkt registriert sind oder in Italien einen MwSt.-Vertreter ernannt haben;
- e) **Steuerpflichtige**, welche gegenüber nicht in Italien ansässigen Steuerpflichtigen aktive Umsätze von über 50% der gesamten Umsätze in Bezug auf die nachstehenden Tätigkeiten durchführen: Verarbeitung an beweglichen Gütern, Gütertransporte und entsprechende Vermittlungstätigkeiten, usw.

Für Geschäftsfälle, welche dem "Split Payment" unterliegen, kann die Rückerstattung der Vorsteuer im Sinne von Art. 30 Abs. 3 Buchst. a) DPR 633/72 beantragt werden.

"Prioritäre" MwSt.-Rückerstattungen:

Nachdem die Einführung des "Split Payment" für die Zulieferer der Öffentlichen Verwaltungen dazu führen kann, dass dauerhaft bzw. strukturell MwSt.-Guthaben anreifen, können die Betroffenen um eine sog. "prioritäre" bzw. bevorzugte Rückerstattung der MwSt. im Sinne von Art. 38-bis, Abs. 10 DPR 633/72 ansuchen („rimborso prioritario“), sofern folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- Die wirtschaftliche Tätigkeit muss seit mindestens drei Jahren ausgeübt werden;
- Der Betrag der rückzuerstattenden Vorsteuer muss mindestens 10.000,00 Euro ausmachen (bei "jährlicher" Rückerstattung), bzw. 3.000,00 Euro bei vierteljährlicher Rückerstattung;
- Der Betrag der rückzuerstattenden Vorsteuer muss sich auf mindestens 10% der insgesamt angefallenen Vorsteuer auf Zukäufe und Importe im Abrechnungszeitraum (Jahr bzw. Quartal), auf den sich der Antrag bezieht, belaufen.

Die "prioritären" Rückerstattungen im Zusammenhang mit dem "Split Payment" werden bis zu jenem Betrag, welcher der insgesamt per "Split Payment" ausgewiesenen Vorsteuer im Abrechnungszeitraum entspricht, ausgezahlt.

Wird eine der genannten Voraussetzungen für die trimestrale Rückerstattung erfüllt, so kann das im Quartal entstandene Guthaben von mindestens Euro 2.582,28 entweder zurückverlangt oder mit anderen Steuern und Abgaben über den Vordruck F24 kompensiert werden. Dabei ist es auch zulässig, nur für einen Teil des Guthabens die Rückerstattung zu verlangen und den Rest zu verrechnen.

Wird für die Rückerstattung oder für die Verrechnung über den Vordruck F24 optiert, so ist an die Agentur für Einnahmen innerhalb des Folgemonats nach dem betreffenden Trimester, für welches die Rückerstattung bzw. die Verrechnung beantragt wird, ein Ansuchen auf dem eigenen Vordruck elektronisch einzureichen (30.04. / 31.07. / 31.10.). Die Pflicht des Bestätigungsvermerks wurde auch auf die Fälle der trimestralen MwSt.-Verrechnungen ausgedehnt (mittels dem Formblatt TR).

Der Höchstbetrag der über den Vordruck F24 verrechenbaren Steuern oder über das Steuerkonto erstattbaren Steuerguthaben beträgt 700.000,00 Euro je Kalenderjahr. Bei diesem Höchstbetrag sind alle Verrechnungen von Steuerguthaben über den Vordruck F24 sowie die Erstattungen vierteljährlicher MwSt.-Guthaben oder sonstiger Steuern und Beiträge über das Steuerkonto zu berücksichtigen.

Rückvergütung MwSt. für Nicht- Ansässige

MwSt.-Subjekte die in einem anderen EU-Land oder in einem Land außerhalb der EU ansässig sind und Einkäufe in Italien tätigen, können innerhalb 30. September des darauffolgenden Jahres bei der Agentur der Einnahmen einen Antrag auf Rückerstattung der MwSt. aus den Rechnungen des Vorjahres elektronisch abgeben.

Das traditionelle Vergütungsverfahren mit Anträgen auf Papier gilt nur mehr für Drittländer mit denen Italien eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit abgeschlossen hat; dies sind derzeit die Schweiz, Norwegen und Israel. Für in diesen Ländern ansässige Unternehmen wurde der Vordruck Mod. IVA 79 ausgearbeitet, der weiterhin auf Papier bei der Steuerdienststelle in Pescara innerhalb 30. September des darauffolgenden Jahres eingereicht werden kann.

Für MwSt.-Subjekte die in einem anderen EU-Land ansässig sind kann die Rückerstattung bei einem Mindestbetrag von 400,00 Euro auch einen geringeren Bezugszeitraum als das Kalenderjahr betreffen; der jährliche Antrag kann hingegen nur bei Beträgen von mindestens 50,00 Euro eingereicht werden.

Vierteljährliche Übermittlung der Mehrwertsteuer- abrechnungen

Seit 2017 ist es Pflicht die monatlichen/vierteljährlichen Mehrwertsteuerabrechnungen elektronisch zu übermitteln. Die telematische Übermittlung ist innerhalb des letzten Tags des zweiten Folgemonats des Quartals durchzuführen. Die Meldung ist auch dann zu versenden, wenn aus den periodischen Abrechnungen ein Guthaben hervorgeht. Von dieser Maßnahme sind jene ausgenommen, welche von der Mehrwertsteuer-Jahreserklärung befreit sind (z. B. bei nur steuerfreien Umsätze „operazioni esenti“, Kleinunternehmer minimi/forfetari). Bei mehreren Tätigkeiten mit getrennter Buchhaltung ist eine einzige zusammenfassende Meldung einzureichen. Die Fälligkeiten des Jahres 2020 sind: 02.03.2020 für das vierte Quartal 2019, 01.06.2020 für das erste Quartal, 16.09.2020 für das zweite Quartal und 30.11.2020 für das dritte Quartal.

MwSt.- Rückerstattung in anderen Ländern

Ital. Steuerpflichtige können die Rückerstattung der MwSt. beantragen, die sie im Jahr 2019 in einem anderen EU-Land entrichtet haben. Der entsprechende Antrag muss telematisch innerhalb 30. September des Folgejahres an die ital. Agentur der Einnahmen versendet werden.

Die Rückerstattung der MwSt. in nicht-EU-Ländern ist hingegen vom Bestehen entsprechender bilateraler Abkommen abhängig, momentan also nur mit Schweiz, Norwegen, Israel und Fürstentum Monaco. Der Rückerstattungsantrag muss innerhalb 30. September des Folgejahres beim entsprechenden Finanzamt protokolliert werden.

QUELLENSTEUER

Allgemeine Regeln

- Alle einbehaltenen Lohnsteuern und alle Quellensteuern (auf Entgelte an Freiberufler, Künstler, Vertreter, freie Mitarbeiter, auf Kapitalerträge, u.a.) müssen **innerhalb 16.** des auf die Zahlung folgenden Monats mittels Zahlungsvordruck „F24“ eingezahlt werden.
- Alle auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fallenden Termine verschieben sich auf den nächsten Arbeitstag.
- Hier einige der am meisten verwendeten Hebesätze: bei Zahlungen an Freiberufler 20% der Vergütung; bei Zahlungen von Provisionen an Vertreter 23% der Steuergrundlage von 20% bzw. 50% der Vergütung (in der Praxis somit 11,5 bzw. 4,6 Prozent); bei Vergütungen an Tür-zu-Tür Verkäufer beträgt der Vorsteuerabzug 23% auf 78% der Steuergrundlage; bei Auszahlung von Autorenrechten an den Autor persönlich 20% auf 75% des Entgeltes, bei Erben oder bei Schenkungen hingegen 20% auf 100% des Entgeltes.
- Wir erinnern Sie daran, dass Entgelte an nicht in Italien ansässige Freiberufler und Unternehmen für Leistungen, Mieten von Autos, Maschinen usw., Autorenrechte, Royalties usw., einem Rückbehalt in Höhe von 30% unterliegen, sofern vor der Zahlung kein Ansuchen bzw. Bestätigung zur Anwendung des Doppelbesteuerungsabkommens vorgelegt wird.
- Etwaige zu hohe Einzahlungen von Quellensteuern können von den Einzahlungen der Folgemonate abgezogen werden, **jedoch nur mittels Zahlungsvordruck F24**. Das am Jahresende verbleibende Guthaben wird in der Erklärung der Steuersubstituten - Vordruck 770 ausgewiesen und kann dann entweder zur Gänze oder zum Teil zurückverlangt oder mit Zahlungen im Zahlungsvordruck „F24“ verrechnet werden (auch in diesem Fall muss für Verrechnungen über 5.000,00 Euro ein Bestätigungsvermerk angeführt werden).
- Innerhalb 07/03/2020 muss der Arbeitgeber/das Pensionsamt (der sogenannte Steuersubsti-

tut) den vereinheitlichten Vordruck „CU“ der Einnahmenagentur übermitteln. Dieser beinhaltet bezogene Einkünfte, IRPEF-Einbehalte, einbehaltene Zusatzsteuern, Steuerabsetzbeiträge und Sozialbeiträge. Innerhalb 31/03/2020 muss der Steuersubstitut dem Arbeitnehmer oder Rentner den vereinheitlichten Vordruck (CU) aushändigen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Steuersubstitut verpflichtet ist, auch jene Empfänger, welche sich in Pauschal- und „minimi“-Systeme befinden zu melden, obwohl keine Steuereinbehalte vorgenommen wurden.

- Mit der Eilverordnung zum Nachtragshaushalt 2018 (DL Nr. 50/2017) ist eine Quellensteuer in Höhe von 21 Prozent für kurzfristige Mieten (bis zu 30 Tagen) eingeführt worden. Diese Quellensteuer ist von den Vermittlern der Wohnungen (einschließlich die Internet-Vermittler, z.B. Airbnb) einzubehalten und über den Zahlungsvordruck F24 abzuführen (Zahlungs-Code 1919). Die Wohnungseigentümer haben diesbezüglich keine Verpflichtungen.

Dividenden und Zinsabschnitte gilt nur für Kapitalgesellschaften

- Die Quellensteuer auf von Kapitalgesellschaften ausgeschütteten Dividenden ist innerhalb 16. des auf das Trimester der Ausschüttung folgenden Monats einzuzahlen (somit innerhalb 16.01.2020, 16.04.2020, 16.07.2020, 16.10.2020). Die Besteuerung von Dividenden, welche natürlichen Personen ausgeschüttet werden, wurde mit dem Haushaltsgesetz 209 wesentlich geändert. Grundsätzlich wird die steuerliche Behandlung von Ausschüttungen bei wesentlichen und unwesentlichen Beteiligungen gleichgestellt. Es wird eine Übergangsregelung vorgesehen. Für nähere Details verweisen wir auf unsere Rundschreiben Nr. 43/2017 und 4/2018.

Bei Obligationen müssen die ausgebenden Aktiengesellschaften innerhalb 16. des auf die Fälligkeit der Zinsabschnitte („cedole“) folgenden Monats die entsprechende Quellensteuer (26%) mittels Zahlungsvordruck „F24“ einzahlen.

Die Bestätigung (modello CUPE) bezüglich der in 2019 ausgeschütteten Dividenden und gleichgestellten Erlösen muss dem Empfänger innerhalb 31. März 2020 ausgehändigt werden.

GEMEINDEIMMOBILIENSTEUERN (IMU UND IMI/GIS, TASI)

Die Vorauszahlung ist am 16. Juni fällig, die Ausgleichszahlung am 16. Dezember.

Ab 2020 wird die TASI abgeschafft; es bleiben die Regelungen der Abfallgebühren (TARI) aufrecht und die IMU wird neu definiert. In den autonomen Provinzen Trient und Bozen finden weiterhin jeweils IMIS und GIS Anwendung.

Achtung: die IMU und GIS-Schuld für 2019 kann nur innerhalb 30. Juni des Folgejahres berichtigt („ravvedimento operoso“) werden.

ERKLÄRUNG DER STEUERSUBSTITUTEN

Die Steuererklärung der Steuersubstituten für 2019 (Vordr. 770) ist heuer bis 2. November 2020 elektronisch zu versenden. Es handelt sich um die Kontrollmeldung über die 2019 ausbezahlten Vergütungen und Kapitalerträge sowie über die einbehaltenen und abgeführten Quellensteuern, soweit diese nicht bereits über die einheitliche Meldung CU erklärt worden sind. Letzteres gilt z.B. für die Löhne an die unselbstständigen Arbeitnehmer, die Honorare an die Freiberufler und die freien Mitarbeiter sowie die Provisionen an die Handelsagenten.

Die Erklärung kann auf mehrere Bereiche aufgeteilt werden, so z.B. Vergütungen an Arbeitnehmer, Vergütungen an Freiberufler und Kapitalerträge. Die entsprechenden Angaben sind auf dem Deckblatt im Abschnitt „gestione separata“ zu vermerken. Die Steuernummer der Personen, welche die anderen Teile der Steuererklärung versenden, ist nicht mehr gefragt.

VERSCHIEDENES

Steuerbeistand

Arbeitgeber *können* für ihre lohnabhängigen Mitarbeiter den Steuerbeistand leisten. Dieser besteht in der Abfassung und Abgabe der Steuererklärung "730". Sollte der Arbeitgeber den Steuerbeistand nicht leisten, muss dieser jedoch dem Steuerbeistandszentrum der Arbeitnehmer (CAF) oder dem Steuerberater die Möglichkeit geben, die notwendigen Unterlagen zur Berechnung der Steuern direkt beim Arbeitgeber am Unternehmenssitz zu sammeln. Wer dies vermeiden möchte, kann den Arbeitnehmern innerhalb 15. Januar 2020 mitteilen, dass er den Steuerbeistand leistet; somit kann

dann der Steuerbeistand vom Arbeitgeber selbst, auch über ein Steuerbeistandszentrum (CAF), oder über einen Steuerberater gewährleistet werden.

Steuer Luxusgüter

Auch für 2020 bleibt die Sondersteuer auf Luxusfahrzeuge (20 Euro für jeden KW über 185 KW), für Flugzeuge und Hubschrauber (z.B. 1,50 Euro/kg bei einer Masse bis zu 1.000 kg), erhalten.

PKWs: Ökosteuer und Verschrottungsprämie

Für M1-Fahrzeuge, die im Zeitraum 01/03/2019 – 31/12/2021 in Italien zugelassen werden, ist der Käufer unter bestimmten Voraussetzungen verpflichtet, eine einmalige Ökosteuer zwischen 1.100 Euro und 2.500 Euro, je nach Schadstoffemissionen, zu entrichten. Andererseits gibt es eine Verschrottungsprämie für den Kauf bestimmter Modelle von Autos und Mopeds mit geringer Umweltbelastung. Weitere Informationen finden Sie in unser Rundschreiben Nr. 5/2019.

Verrechnung von Steuern und Beiträgen über „F24“

- Der vereinheitlichte Zahlungsvordruck „F24“ sieht die Verrechnungsmöglichkeit zwischen fälligen Steuern und bestehenden Guthaben vor.
- Die Zahlungen mit dem Vordruck F24 sind in der Regel am 16. des darauffolgenden Monats fällig.
- Die Verrechnung von Guthaben kann nur bis zu einem jährlichen (Kalenderjahr) Höchstbetrag von **700.000,00 Euro** erfolgen. Sie kann nur Guthaben betreffen, die aus einer Steuererklärung oder einem trimestralen Rückerstattungsantrag der MwSt. hervorgehen.
- Die Regeln für die Kompensierung des MwSt-Guthabens wurden im Rahmen des sog. „Collegato alla Finanziaria 2020“ auch auf die Guthaben aus IRPEF, IRES und IRAP ausgedehnt. Die Verrechnung von Guthaben des Jahres 2019, über mehr als 5.000 Euro, in Bezug auf Einkommenssteuer und entsprechenden Zusatzsteuern, auf Ersatzsteuern und auf IRAP, kann erst ab dem 10. Tag nach Einreichung der entsprechenden Steuererklärung durchgeführt werden.

Die Regeln bei Steuerzahlungen:

Art des Vordrucks	Steuersubjekt	Zahlungsmöglichkeiten
Modell F24 mit Saldo "Null"	Mehrwertsteuersubjekte	Entratel / Fisconline (F24 web/F24 online/"F24 cumulativo"/F24 "addebito unico")
F24 mit Steuerschuld und Kompensierung	Mehrwertsteuersubjekte	Entratel / Fisconline (F24 web/F24 online/"F24 cumulativo"/F24 "addebito unico")
F24 mit Schuld und ohne Kompensierung	Mehrwertsteuersubjekte	Entratel / Fisconline Remote / home banking (CBI)

Art des Vordrucks	Steuersubjekt	Zahlungsmöglichkeiten
Modell F24 mit Saldo "Null"	Privatpersonen	Entratel / Fisconline (F24 web/F24 online/"F24 cumulativo"/F24 "addebito unico")
F24 mit Steuerschuld und Kompensierung	Privatpersonen	Entratel / Fisconline
F24 mit Schuld und ohne Kompensierung	Privatpersonen	Entratel / Fisconline Remote / home banking (CBI) / Papier

Kompensierungen von MwSt.-Guthaben über 5.000,00 Euro mit anderen Steuern sind ab dem 10. Tag nach Abgabe der MwSt.-Jahreserklärung möglich; bei Guthaben über 5.000 Euro bedarf es eines Bestätigungsvermerks oder der Unterschrift des Rechnungsprüfers.

Fehlerhafte

Die Strafen für Kompensierung von nicht vorhandenen Steuerguthaben belaufen sich auf 100% bis

Kompensierungen

200%. Sollte noch die Möglichkeit zur Anwendung der freiwilligen Berichtigung („ravvedimento operoso“) bestehen, muss eine Strafe über 30% berücksichtigt werden.

Freiwillige Berichtigung („ravvedimento operoso“)

Es besteht immer die Möglichkeit, eine unterlassene oder unzureichende Zahlung von Steuern (MwSt., IRPEF, IRES, IRAP, Quellensteuer, u. a.) innerhalb von 14 Tagen ab Fälligkeit, mit einer Verwaltungsstrafe über 0,1% pro Tag freiwillig nachzuholen.

Erfolgt die Berichtigung bzw. Zahlung innerhalb von 30 Tagen ab Fälligkeit, beträgt die Verwaltungsstrafe ein Zehntel der Mindeststrafe (somit 1/10 von 15% = 1,50%).

Erfolgt die Berichtigung bzw. Zahlung innerhalb von 90 Tagen ab Fälligkeit, beträgt die Verwaltungsstrafe ein Neuntel der Mindeststrafe (somit 1/9 von 15% = 1,67%).

Für spätere Berichtigungen kann das Ausmaß der Strafzahlungen aus der unten angeführten Tabelle entnommen werden. Die Einzahlung der Verwaltungsstrafe muss gleichzeitig mit der Nachzahlung der Steuer sowie der Zahlung der Verzugszinsen immer über den Vordruck „F24“ erfolgen.

Für Steuern ist künftig die Berichtigung auch nach Erhebungen oder Prüfungen durch die Steuerbehörde zulässig, und zwar bis zur Zustellung des Festsetzungsbescheides seitens der Einnahmenagentur, des Strafverhängungsbescheides oder der Zahlungsaufforderung („avviso bonario“).

Einzahlungstermin	Reduzierte Strafe	Anwendungsbereich
innerhalb von 14 Tage ab Fälligkeit	0,1% pro Tag	Sämtliche Steuern
Ab 15 Tage und bis 30 Tage ab Fälligkeit	1/10 von 15%	Sämtliche Steuern
Ab 31 Tage und bis 90 Tage ab Fälligkeit oder ab Abgabetermin der Steuererklärung	1/9 von 15%	Sämtliche Steuern
Innerhalb ein Jahr ab Fälligkeit oder bis zum Abgabetermin der Steuererklärung in Bezug auf das Jahr, in welchem die Unterlassung stattgefunden hat	1/8 von 30%	Sämtliche Steuern
Innerhalb zwei Jahre ab Fälligkeit oder bis zum Abgabetermin der Steuererklärung des Folgejahres, in welchem der Fehler begangen wurde	1/7 von 30%	Sämtliche Steuern
Nach zwei Jahre ab Fälligkeit oder nach Abgabetermin der Steuererklärung des Folgejahres, in welchem der Fehler begangen wurde	1/6 von 30%	Sämtliche Steuern
Nach Erhalt des Prüfungsprotokolle (PVC - Processo verbale di constatazione) durch die Finanzwache	1/5 von 30%	Nur von der Einnahmenagentur verwaltete Steuern

Der gesetzliche Zinssatz wurde seit 1. Jänner 2020 von 0,8% auf aktuelle **0,5%** reduziert.

Registergebühr Mietverträge

VORDRUCK F24 ELIDE

Folgende Abgaben im Zusammenhang mit der Registrierung der Verträge über Vermietung und Verpachtung von Immobilien müssen mittels Vordruck “F24 versamenti con elementi identificativi” (F24 ELIDE) abgeführt werden:

- Registersteuer;
- Sonderabgaben und Vergütungen;
- Stempelsteuer;
- Strafen und Zinsen aus den vorgenannten Steuern, Abgaben und Vergütungen.

Dieser Vordruck muss auch für etwaige freiwillige Berichtigungen verwendet werden.

Inhaber einer MwSt-Position müssen die Einzahlung auf elektronischem Wege oder unter Beistand eines Vermittlers durchführen. Privatpersonen können die Einzahlung auch für Saldozahlungen über 1.000 Euro auch in Zukunft am Bankschalter vornehmen.

Alle Mietverträge, die der Registersteuer unterworfen sind, müssen innerhalb von 30 Tagen ab Vertragsabschluss bzw. ab Beginn der Wirksamkeit bei der Agentur der Einnahmen registriert werden, bei gleichzeitiger Zahlung der Registersteuer. Die Zahlung kann jährlich erfolgen, man kann aber auch einmalig die Steuer für die gesamte Vertragsdauer entrichten. Der Mindestbetrag der Register-

gebühr für die Registrierung der Gesamtmietdauer beträgt 67,00 Euro.

Die Möglichkeit der freiwilligen Berichtigung gilt auch für die Registersteuer (siehe obige Tabelle).

Bei jährlicher Verlängerung empfehlen wir den Termin zu vermerken.

Die Vermietung von Wohnungen seitens Inhaber einer MwSt.-Position und seitens natürlicher Personen unterliegt der jährlichen Registergebühr in Höhe von 2%, sofern die Vermietung nicht bereits der MwSt. unterliegt.

Die Vermietung von gewerblichen Liegenschaften kann MwSt.-frei sein oder der MwSt. unterliegen; unabhängig davon beträgt die Registersteuer 1%.

Wir möchten daran erinnern, dass die Registrierung und die Entrichtung einer pauschalen Registersteuer auch bei vorzeitiger Auflösung von Verträgen anfällt.

Wird bei der Registrierung des Mietvertrages (Wohnungen, die von Privatpersonen an natürliche Personen vermietet werden) für die **Einheitssteuer** („cedolare secca“) optiert, fällt keine Registersteuer an.

Registrierung Vorverträge

Bei der Registrierung von Vorverträgen laufen die Fristen nach 20 Tagen ab, gerechnet ab dem frühesten Tag zwischen dem Datum, an dem der Vertrag abgeschlossen wurde, und dem Datum der entsprechenden Wirksamkeit.

Rentenbeitrag INPS Sonderverwaltung (24% - 34,23%)

Auf Vergütungen für fortwährende und geregelte Zusammenarbeit (z. B. Verwaltungsratsmitglieder, Projektaufträge) ist ein Rentenbeitrag einzuzahlen und zwar in folgendem Ausmaß:

- **Zwischen 33,72% (ohne DIS-COLL) und 34,23% (mit DIS-COLL)** (inklusive Mutterschaftsbeitrag) der Steuergrundlage für jene Mitarbeiter, die keiner anderen obligatorischen Rentenversicherung unterliegen, im Normalfall bis zu 102.543 (**VORSICHT, Schwelle für 2019**) Euro Einkommen. *Die Einkommensschwellen für das Jahr 2020 müssen erst noch bestätigt werden.*
- **24%** der Steuergrundlage für all jene Mitarbeiter, die eine direkte Rente (Dienstaltersrente, Altersrente, Invalidenrente) beziehen, im Normalfall bis zu 102.543 (**VORSICHT, Schwelle für 2019**) Euro Einkommen. *Die Einkommensschwellen für das Jahr 2020 müssen erst noch bestätigt werden.*
- **24%** der Steuergrundlage für jene Mitarbeiter, die bereits einer anderen obligatorischen Rentenversicherung unterliegen oder eine indirekte Rente (z.B. Hinterbliebenenrente) beziehen, im Normalfall bis zu 102.543 (**VORSICHT Schwelle für 2019**) Euro Einkommen. *Die Einkommensschwellen für das Jahr 2020 müssen erst noch bestätigt werden.*
- Hingegen sind Freiberufler, welche keiner anderen obligatorischen Rentenversicherung unterliegen, sowie nicht pensioniert sind oder keinen obligatorischen Rentenschutz haben, zur Eigenberechnung und Abführung der INPS-Beiträge verpflichtet, und zwar durch anwendung des Hebesatzes von **25,72%** (inklusive Mutterschaft) der Steuergrundlage, im Normalfall bis zu 102.543 (**VORSICHT, Schwelle für 2019**) Euro Einkommen. *Die Einkommensschwellen für das Jahr 2020 müssen erst noch bestätigt werden.*
- Diese Pflichtversicherung gilt auch für gelegentliche freie Mitarbeiter, welche entsprechende Entgelte von mehr als 5.000,00 Euro jährlich erhalten. **Wichtig:** Die Obergrenze von Euro 5.000,00 muss als Summe betrachtet werden; der Arbeitgeber hat die Aufgabe zu überprüfen ob der gelegentlich- freie Mitarbeiter im Bezugsjahr nicht weitere Entgelte erhalten hat und im Falle der Überschreitung des Limits von Euro 5.000,00 die telematische Versendung an die INPS Sonderverwaltung zu tätigen. D.h. Falls alle erhaltenen Entgelte im Bezugsjahr das Limit von Euro 5.000,00 überschreiten, ist der Auftraggeber dazu verpflichtet die Eintragung des freien Mitarbeiters in die INPS Sonderverwaltung vorzunehmen. Empfehlung: Fordern Sie von den gelegentlich-freien Mitarbeiter eine Bestätigung aller im Geschäftsjahr erhaltenen Entgelte ein.
- Der Beitrag muss innerhalb 16. des auf die Auszahlung folgenden Monats mit dem Zahlungsvordruck „F24“ eingezahlt werden und ist zu zwei Dritteln zu Lasten des Auftraggebers. Ein Drittel wird dem Empfänger einbehalten.
- Bei Freiberuflern wird der Rentenbeitrag durch den Mechanismus der Voraus- und Ausgleichszahlung entrichtet, und ist gänzlich vom Freiberufler geschuldet, welcher jedoch die Möglich-

keit hat, dem Kunden 4% der Honorare als Pensionsbeitrag weiterzubelasten.

Auch die stillen Teilhaber an Unternehmen (*associati in partecipazione*), welche im Rahmen eines Vertrages zur stillen Beteiligung nur Arbeitsleistungen einbringen, sind einer eigenen INPS-Pflichtversicherung unterworfen. Berechnungsgrundlage des Pflichtbeitrages ist die Steuergrundlage für IRPEF-Zwecke; die Höhe der Beiträge entspricht jener der INPS-Sonderverwaltung (siehe oben); zu Lasten des stillen Teilhabers sind jedoch 45% des Beitrages während die restlichen 55% zu Lasten des Unternehmens sind.

Barzahlungen

Die Schwelle für die Verwendung von Bargeld beträgt 3.000 Euro. **Daraus folgt: Barzahlungen sind nur noch bis zu einem Betrag von 2.999,99 Euro zulässig.** Untersagt ist in diesem Zusammenhang auch eine künstliche Aufteilung in Zahlungen unter 3.000 Euro.

Vergehen werden mit Strafen von mindestens 3.000,00 Euro geahndet, und etwaige Vergehen müssen von Finanzvermittlern und Freiberuflern, die davon Kenntnis erlangen, innerhalb einer Frist von 30 Tagen angezeigt werden.

Zu ergänzen bleibt noch, dass die Einlage oder die Behebung von Bargeldbeträgen über 3.000 Euro bei Bank oder Post an sich kein Vergehen darstellt und vom Kreditinstitut auch nicht zu melden ist; dies wurde mit Rundschreiben vom 4. Nov. 2011 klargestellt, nachdem einige Banken auch solche Bewegungen angezeigt hatten.

Es gibt eine Ausnahme für Bargeldzahlungen bis zu 15.000,00 Euro von Seiten nicht-italienischer natürlichen Personen. Diese Ausnahme ist mit bestimmten Bedingungen verknüpft. Für nähere Details verweisen wir auf unser Rundschreiben **Nr. 2/2019**.

ACHTUNG - Unverändert auf 999,99 € bleibt die Grenze:

- für das sog. „money transfer“,
- für Bank-, Post- und Zirkularschecks und Wechsel ohne Nicht-Übertragbarkeitsklausel.

Es ist eine progressive Herabsetzung der Schwellen für Barzahlungen vorgesehen. Die aktuellen 2.999,99 Euro werden ab 01.07.2020 auf 1.999,99 Euro und ab 01.01.2022 auf 999,99 Euro reduziert.

POS-Zahlungen

Die Unternehmen und Freiberufler sind verpflichtet, Zahlungen nicht nur über Debitkarte (Bankomat), sondern auch mittels Kreditkarten zu akzeptieren. Es sind allerdings keine Verwaltungsstrafen vorgesehen, da der Staatsrat der entsprechenden Ministerialverordnung, welche die Angelegenheit regeln müsste, nicht zugestimmt hat.